

Verwaltungsgemeinschaft Welzheim / Kaisersbach

Teiländerung

Flächennutzungsplan

im Parallelverfahren zum Bebauungsplan *Südlich der Stauseestraße* im Ortsteil Schillinghof in der Gemeinde Kaisersbach

Umweltbericht

Verfahrensstand:

zum Feststellungsbeschluss der FNP-Teiländerung



Verwaltungsgemeinschaft Welzheim / Kaisersbach

Teiländerung FNP

im Parallelverfahren zum Bebauungsplan *Südlich der Stauseestraße* im Ortsteil Schillinghof
in der Gemeinde Kaisersbach

Umweltbericht

Stuttgart, Verfahrensstand 10.Oktober 2022

Auftraggeber: **Verwaltungsgemeinschaft Welzheim / Kaisersbach**
Stadtbauamt / Herr Finke
Kirchplatz 3
Hausanschrift: Justinus-Kerner-Straße 8
73642 Welzheim

Auftragnehmer: **GÖG - Gruppe für ökologische Gutachten GmbH**
Dreifelderstraße 28
70599 Stuttgart
www.goeg.de

Projektleitung: Julia Poll (M.Sc. Agrarwissenschaften)

Bearbeitung: Raphael König (M.Sc. Cand. Geoökologie)
Kathrin Weiner (Landschaftsarchitektin, Dipl.-Ing (TU) Landschaftsarchitektur)

Inhaltsverzeichnis

ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	5
1 Einleitung	6
1.1 Anlass und Aufgabenstellung	6
1.2 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der Änderung des Bauleitplans (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)	7
1.2.1 Standort (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)	7
1.2.2 Grundsätzliche Ziele des Bauleitplans (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)	8
1.2.3 Art und Umfang der Planung (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)	8
1.2.4 Bedarf an Grund und Boden (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)	10
1.2.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten (Anlage 1 Nr. 2d BauGB)	10
1.3 Ziele des Umweltschutzes (Anlage 1 Nr. 1b BauGB)	11
1.3.1 Fachgesetze & untergesetzliche Normsetzungen	11
1.3.2 Übergeordnete Planungen	12
1.3.3 Sonstige Planungen	14
1.3.4 Geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft	14
2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen	17
2.1 Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2a BauGB) – Basisszenario	17
2.2 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Anlage 1 Nr. 2a BauGB)	18
2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung (Anlage 1 Nr. 2b BauGB) sowie Maßnahmen, mit denen nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen (Anlage 1 Nr. 2c BauGB)	18
2.4 Beschreibung der Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen	24
2.5 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich nachteiligen Auswirkungen	24
2.5.1 Maßnahmen zum Artenschutz	25
2.5.2 Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich	25
3 Zusätzliche Angaben:	27
3.1 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung	27
3.2 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben	29
3.3 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen	29
4 Quellen	30
4.1 Fachliteratur	30

4.2	Rechtsgrundlagen und Urteile	31
4.3	Projektbezogene Quellen	32
5	Anhang	34
5.1	Relevante Fachgesetze und untergesetzliche Regelungen, deren festgelegte Ziele des Umweltschutzes und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden	34

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lage und Abgrenzung der geplanten FNP-Änderung	7
Abbildung 2:	Ausschnitt aus dem rechtskräftigen FNP 2005 der VVG Welzheim / Kaisersbach mit Abgrenzung Teiländerungsbereich	9
Abbildung 3:	Beabsichtigte Änderung der Planzeichnung	9
Abbildung 4:	Auszug aus der Raumnutzungskarte des Regionalplans (unmaßstäblich) (VERBAND REGION STUTTGART 2009)	13

ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die Gemeinde Kaisersbach stellt zur planerischen Unterstützung der Erweiterung des ortsansässigen Busunternehmens den Bebauungsplan Gewerbe- und Mischgebiet *Schillinghof – Südlich der Stauseestraße* auf. Hierfür wird in einem Parallelverfahren die Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Verwaltungsgemeinschaft Welzheim / Kaisersbach notwendig.

Der Geltungsbereich für die Teiländerung des FNP liegt in der Gemarkung Schillinghof und umfasst ca. 0,85 ha. Derzeit ausgewiesene Fläche für Landwirtschaft soll zukünftig als Fläche für Mischgebiet bzw. Gewerbegebiet, derzeitige Mischgebietsfläche als Gewerbefläche dargestellt werden.

Die Änderung des FNP erfolgt im zweistufigen Verfahren. Hiernach sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landespflege sowie die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umweltbelange zu berücksichtigen. Der Umweltbericht wird entsprechend der Planungstiefe des FNP und des Erkenntnisstands erstellt.

Der Eingriffsschwerpunkt liegt beim Schutzgut Boden und Biotoptypen. Hier kommt es durch die Änderung zu erheblichen Auswirkungen. Im aktuellen Verfahrensstand werden Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und Ausgleich geprüft. Weitere erhebliche Beeinträchtigungen auf Schutzgüter könnten durch entsprechende Maßnahmen innerhalb des von der Teiländerung betroffenen Gebietes weitgehend vermieden werden. Die Beeinträchtigungen und deren Vermeidung und Kompensation sind im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung zu ermitteln.

Bei der Erweiterung des bestehenden Betriebs handelt es sich um eine geringfügige Ausformung des Regionalen Grünzuges. Mit dem Verband Region und Regierungspräsidium Stuttgart wurde im Vorfeld die etwaige Anwendung eines Zielabweichungsverfahrens erörtert. Auf der Grundlage des Bebauungsplanvorentwurfes vom 10.11.2021 wurde die Abgrenzung und Eingrünung so gestaltet, dass eine Ausformung aus dem Regionalen Grünzug möglich ist.

Die Untersuchungen zum besonderen Artenschutz ergaben, dass keine unüberwindlichen artenschutzrechtlichen Konflikte erkennbar sind. Das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 BNatSchG kann durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung verhindert werden.

Die Vermeidung und Kompensation von Eingriffen gemäß § 1a BauGB, § 15 BNatSchG erfolgt tlw. auf der von dieser FNP-Änderung betroffenen Flächen und im Weiteren auf Flächen in der Gemarkung Schillinghof sowie der Gemeinde Alfdorf. Eine Konkretisierung erfolgte im Rahmen des parallelen B-Plan-Verfahrens, in vorliegender Teiländerung des FNP werden die Ausgleichsmaßnahmen benannt.

1 Einleitung

1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Die Gemeinde Kaisersbach stellt zur planerischen Unterstützung der Erweiterung des ortsansässigen Busunternehmens den Bebauungsplan Gewerbe- und Mischgebiet *Schillinghof – Südlich der Stauseestraße* auf. Hierfür wird in einem Parallelverfahren die Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Verwaltungsgemeinschaft Welzheim / Kaisersbach notwendig.

Die Änderung des FNP erfolgt im zweistufigen Verfahren. Gemäß § 2 Abs.4 BauGB sind hiernach die Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7, § 1a) sowie die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umweltbelange zu berücksichtigen. Die Darlegung erfolgt unter Anwendung der Anlage 1 BauGB. Entsprechend § 2a BauGB bildet der Umweltbericht einen gesonderten Teil der Begründung des Bauleitplans. Die im Umweltbericht mit behandelten Belange des Artenschutzrechtes unterliegen nicht der Abwägung.

1.2 Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele der Änderung des Bauleitplans (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)

1.2.1 Standort (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)

Der Geltungsbereich für die Teiländerung des FNP liegt in der Gemarkung Schillinghof und umfasst ca. 0,85 ha. Das von der FNP-Änderung betroffene Gebiet befindet sich am südöstlichen Rand des Ortsteils Schillinghof der Gemeinde Kaisersbach im Welzheimer Wald. Naturräumlich betrachtet wird dieses Gebiet dem Naturraum Schurwald und Welzheimer Wald innerhalb der Großlandschaft Schwäbisches Keuper-Lias-Land zugeordnet.

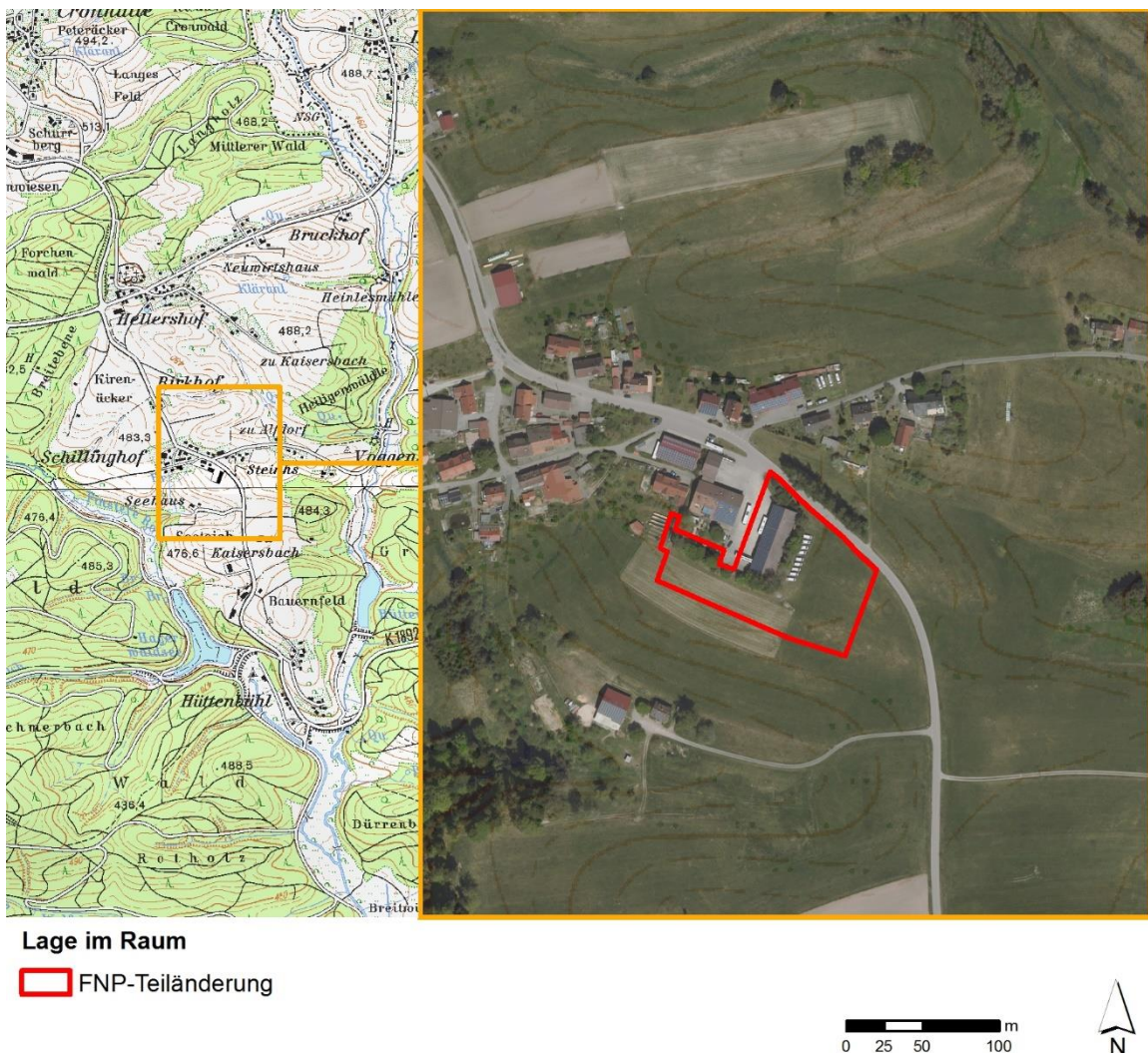


Abbildung 1: Lage und Abgrenzung der geplanten FNP-Änderung

1.2.2 Grundsätzliche Ziele des Bauleitplans (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)

Die seit längerem geplante, essentielle Erweiterung der Bushalle bedarf der Schaffung von entsprechendem Planungsrecht auch im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung.

Aktuell wird die FNP-Änderungsfläche zu einem kleineren Anteil als Mischgebiet im FNP ausgewiesen und beinhaltet Wohnen für die Familie des Firmeninhabers und die bisherige Bushalle incl. Zufahrten und Hofareal. Der weitere Anteil der im FNP zu ändernden Fläche ist als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Sie wird teils als Acker, teils als Wiese bewirtschaftet und bildet den geböschten bzw. mit Gehölzen bestandenen Übergang vom Siedlungsbereich in die freie Kulturlandschaft.

Derzeit ausgewiesene Fläche für Landwirtschaft soll zukünftig als Fläche für Mischgebiet bzw. Gewerbegebiet, derzeitige Mischgebietsfläche als Gewerbefläche dargestellt werden (Abbildung 3).

1.2.3 Art und Umfang der Planung (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)

Das Unternehmen Eisemann plant am aktuellen Standort in Kaisersbach im Ortsteil Schillinghof eine dringend notwendige Erweiterung der bestehenden Halle für die Unterbringung der Busse, den Bau einer Waschstraße und die Erstellung notwendiger Stellplätze, sowie Wohnraum für einen der Eigentümer. Hierbei handelt es sich um die Erweiterung des Bestandes im Rahmen der bisherigen Ausprägung, die sich in die Landschaft einfügt und im Bestand optimal genutzt wird. Mit der Erweiterung verbinden sich eine Verringerung der Gefahrensituation auf dem Bestandsgelände und geordnete Verhältnisse mit einem geringen Puffer für zukünftige Entwicklungen vor Ort.

Die nachfolgenden Ausführungen zum Art und Umfang der Planung basieren auf dem Vorentwurf der FNP-Änderung (Stand 06.07.2022) und des B-Planes (Stand: 11.10.2021), (jeweils Planteil und Textteil mit Begründung)



Abbildung 2: Ausschnitt aus dem rechtskräftigen FNP 2005 der VVG Welzheim / Kaisersbach mit Abgrenzung Teiländerungsbereich

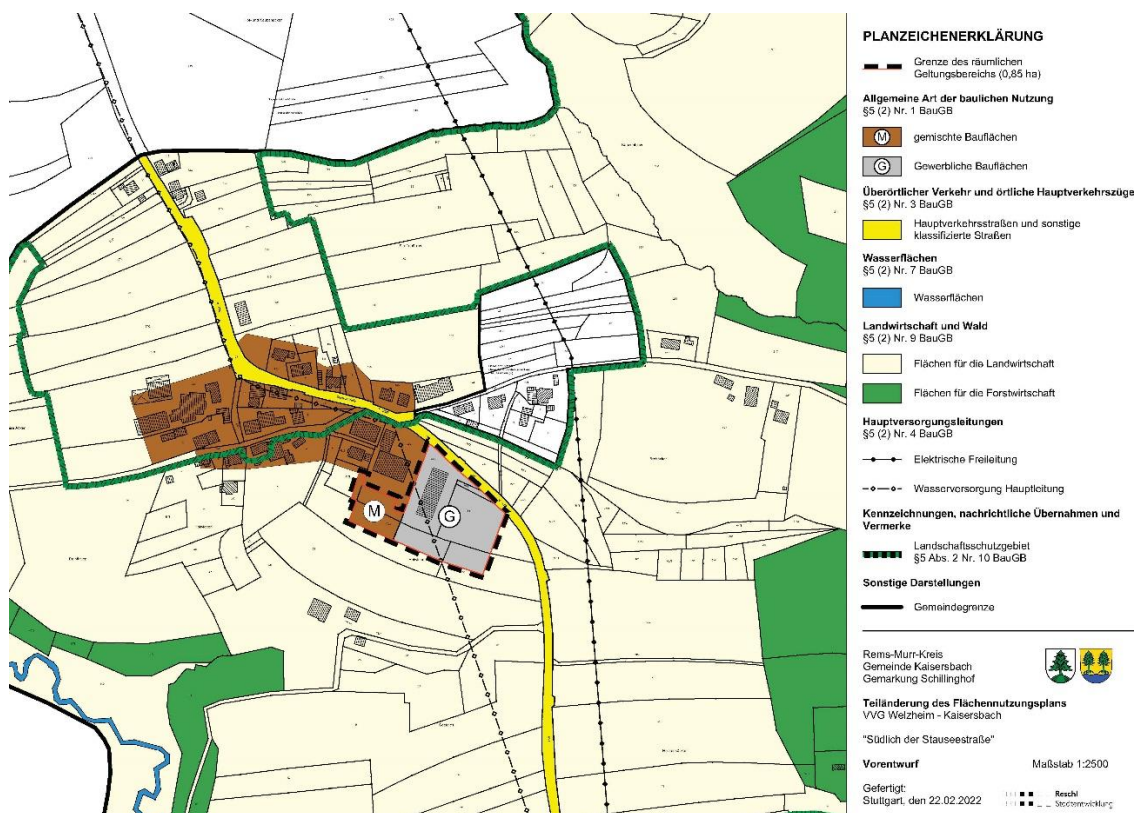


Abbildung 3: Beabsichtigte Änderung der Planzeichnung

Vorhaben/ Projekt / Fläche	Größe	Bestand (aktuelle Darstellung im FNP als...)	Ziel (geplante Darstellung im FNP als ...)
Bebauungsplan <i>Südlich der Stauseestraße</i> im Ortsteil Schillinghof in der Gemeinde Kaisersbach	0,21 ha	M (bebauter Bereich, innerhalb Abrundungssatzung für Weiler Schillinghof)	G
	0,16 ha	Fläche für die Landwirtschaft (unbebauter Bereich)	M
	0,48 ha	Fläche für die Landwirtschaft (unbebauter Bereich)	G
Gesamt	0,85 ha		

1.2.4 Bedarf an Grund und Boden (Anlage 1 Nr. 1a BauGB)

Der Geltungsbereich der FNP-Änderung umfasst eine Gesamtfläche von 0,85 ha.

Die Darstellung von Mischgebiets- und Gewerbeflächen auf bisher Mischgebietsfläche und Fläche für die Landwirtschaft lässt Ausgleichsbedarf erwarten. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung werden die Möglichkeiten durch Festsetzungen zur Vermeidung, Verminderung und Ausgleich des Eingriffes innerhalb des B-Plangebietes ausgenutzt. Es erfolgen Festsetzungen zu privaten Grünflächen, u.a. zur Eingrünung, und zum Erhalt bzw. Neupflanzung von Einzelbäumen. Es erfolgen Vorgaben zum Umgang mit Niederschlagswasser und zur Gestaltung der Gebäude (im Hinblick auf Klimaanpassung und Anpassung an Orts- und Landschaftsbild)

Zum Ausgleich des trotz allem verbliebenen Kompensationsdefizits wurden Flächen in der Gemeinde Kaisersbach, Flur 7 Schillinghof und in der Gemeinde Alfdorf identifiziert, die fachlich geeignet sowie verfügbar sind und folgenden Flächenumfang haben:

Ausgleichsmaßnahme 1: Bodenverbesserung: auf ca. 3.500 m²

Ausgleichsmaßnahme 2: Entwicklung Magerwiese angrenzend an B-Plan 4.838 m²

Ausgleichsmaßnahme 3: Entwicklung Magerwiese Flst. 684 2.981 m².

Da die Flächen außerhalb des Geltungsbereiches der FNP-Änderung und tlw. sogar außerhalb der VVG Welzheim / Kaisersbach liegen, erfolgt keine zeichnerische Darstellung oder Festsetzung.

1.2.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten (Anlage 1 Nr. 2d BauGB)

Der nordwestliche Bereich des von der Teiländerung betroffenen Areals ist bereits bebauter Siedlungsbereich und innerhalb der Abrundungssatzung Schillinghof aus dem Jahre 1996 gelegen. Im Bereich, welcher zukünftig als Mischgebiet dargestellt werden

soll, ist benachbart zur bestehenden Wohnbebauung eine Wohnbebauung für die nächste Generation des Firmenbesitzers vorgesehen. Die bestehende Bushalle ist als Siedlungsbereich in die Abrundungssatzung des Weilers Schillinghof eingeschlossen und daher im FNP aktuell als Mischgebiet im baulichen Kontext der Siedlungsstruktur des Weilers Schillinghof ausgewiesen. Die geplante Erweiterung der bestehenden Bushalle grenzt folgerichtig an die bestehende Bushalle an und soll zusammen mit dieser bestehenden Bushalle aufgrund ihres ausschließlichen gewerblichen Charakters als Gewerbegebiet dargestellt werden. Eine anderweitige Anordnung und funktionale Zuordnung der Flächen schließt sich daher aus.

Bezogen auf die gesamte Fläche von Kaisersbach bzw. der VVG Welzheim / Kaisersbach gibt es keine anderweitigen Standortalternative. Einerseits sind keine gewerblich nutzbaren Flächen in dieser Größe und für diesen Zweck verfügbar, andererseits bedeutet die Herrichtung eines komplett neuen Standortes einen wesentlich höheren Flächenverbrauch als die Erweiterung am gewachsenen Standort mit Weiternutzung bisheriger Gebäude und Flächen.

1.3 Ziele des Umweltschutzes (Anlage 1 Nr. 1b BauGB)

Bei Planungen sind die in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, zu beachten (siehe auch Anhang Kapitel 5.1).

Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der übergeordneten Planungen und das bestehende Planungsrecht über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben. Dargestellt werden übergeordnete Raum- und Fachplanungen sowie deren Berücksichtigung bei der Aufstellung des vorliegenden Bauleitplanes.

Geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft geben Restriktionen für ihre Nutzung vor bzw. können bestimmte Nutzungen ganz ausschließen. Auch diese sind entsprechend nachfolgend zu berücksichtigen.

1.3.1 Fachgesetze & untergesetzliche Normsetzungen

Die zu beachtenden Fachgesetze sind bezogen auf die nach BauGB zu betrachtenden Umweltbelange im Anhang 1 dieses Umweltberichtes genannt und fließen bei der Betrachtung der einzelnen Umweltbelange ein. Diese Vorgaben werden auf Ebene der FNP-Fortschreibung berücksichtigt.

Im Vorfeld der Bauleitplanung wurden artenschutzrechtliche Erhebungen und die Prüfung auf Verbotstatbestände durchgeführt. Es konnten keine unüberwindlichen Hindernisse für das Vorhaben aufgezeigt werden. Es wurden Maßnahmen zur Vermeidung von

Verbotstatbeständen aufgezeigt, welche im verbindlichen Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen sind und nicht der Abwägung unterliegen.

Aufgrund der Lage im Landschaftsschutzgebiet (LSG) wurde in Abstimmung mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde (UNB) die Änderung der LSG-Verordnung nötig. Dieses Verfahren wurde bereits angestoßen und läuft parallel zum Bauleitplanverfahren.

Bei der Änderung des FNP in diesem Bereich mit dem Ziel der Erweiterung des Betriebsgeländes zeichnet sich auf fachgesetzlicher Ebene kein weiterer Prüfbedarf ab.

Für die verbindliche Bauleitplanung bei Konkretisierung des Vorhabens lässt sich jedoch Prüfbedarf abschätzen für:

- Artenschutz gemäß BNatSchG - bereits erfolgt (Zeeb & Partner 2020)
- Schutz von Boden (Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG), Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) (insb. § 2 Abs.3), Baugesetzbuch (BauGB), DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau, DIN 19731 Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial, (DIN 19639): Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben (2019)
 - Bodenschutzkonzept / Bodenmanagement beauftragt mit dem Ziel des schonenden Umgangs mit Boden und der Wiederverwendung von Oberboden)

1.3.2 Übergeordnete Planungen

Regionalplan



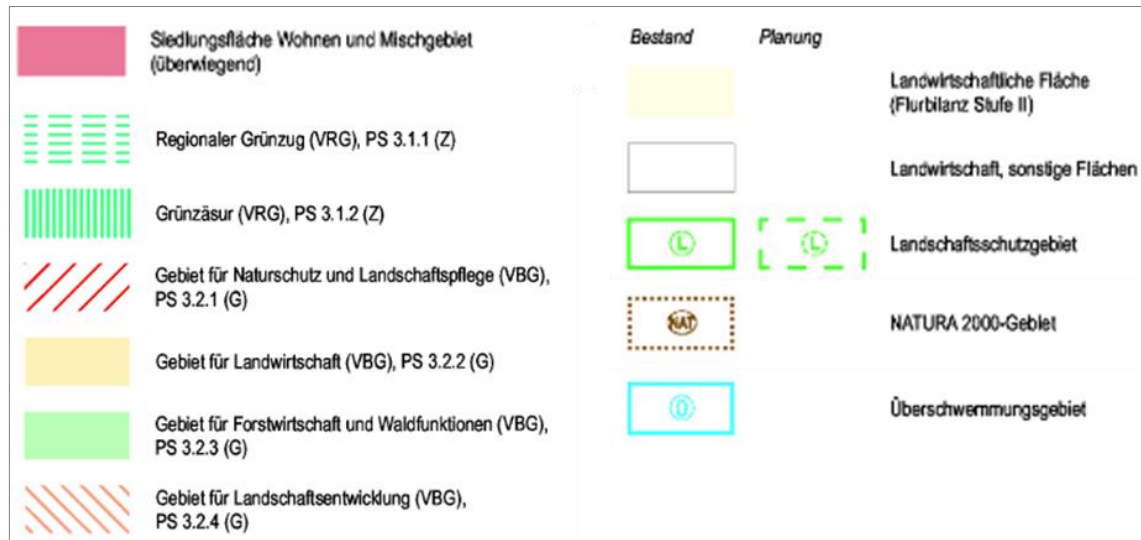


Abbildung 4: Auszug aus der Raumnutzungskarte des Regionalplans (unmaßstäblich) (VERBAND REGION STUTTGART 2009)

Der Regionalplan der Region Stuttgart (VERBAND REGION STUTTGART 2009) weist die Gemeinde Kaisersbach und den Ortsteil Schillinghof als ländlichen Raum im engeren Sinne gemäß Landesentwicklungsplan 2002 aus (PS 2.1.3). Sie liegt im Nahbereich des Mittelbereichs Welzheim (ZU) und ist als Siedlung beschränkt auf Eigenentwicklung ausgewiesen. In den Gemeinden, beschränkt auf Eigenentwicklung nach PS 2.4.2 (Z) sind Wohnbauflächen sowie gewerbliche Bauflächen im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und des „inneren Bedarfs“ zulässig.

Es wird mit Plansatz 2.4.0.8 (Z) eine Bruttowohndichte von 50 Einwohnern pro Hektar vorgegeben.

Der Ortsteil Schillinghof liegt im Regionalen Grünzug G20 (Zu 3.1.1(Z)). Einerseits werden die raumbezogenen Ziele und Grundsätze gebietsscharf – jedoch nicht parzellenscharf – dargestellt. Andererseits muss das Vorhaben konform zu den übergeordneten Planungen sein.

Erweiterungen bestehender Firmenansiedlungen in Regionalen Grünzügen „sind im Rahmen der bisherigen Ausprägung, unter sorgfältiger Überprüfung und Beachtung landschaftlicher Einzelfaktoren, möglich. Die Erweiterung bestehender Anlagen ist völligen Neuansätzen und damit neuen Belastungen der Freiräume an anderer Stelle vorzuziehen.“ (VERBAND REGION STUTTGART 2009)

Alternative Standorte stehen aktuell und in absehbarer Zeit in der Gemeinde Kaisersbach nicht zur Verfügung. Zudem wird versucht, durch Wiederherstellung der Eingrünung, durch kompakte Anordnung der Baukörper und Betriebsflächen die Firmenerweiterung in die Landschaft bestmöglich einzubetten, so dass weder Naherholung noch Landschaft dauerhaft erheblich beeinträchtigt werden.

Die Erweiterung ist für den Fortbestand des Busunternehmens und dessen Arbeitsplätze essentiell und führt auch zu einer städtebaulich verbesserten, geordneten Situation des ruhenden Verkehrs (Busse) im Weiler Schillinghof (öffentliches Interesse).

Mit dem Verband Region und Regierungspräsidium Stuttgart wurde im Vorfeld die etwaige Anwendung eines Zielabweichungsverfahrens erörtert. Auf der Grundlage des Bebauungsplanvorentwurfes vom 10.11.2021 wurde die Abgrenzung und Eingrünung so gestaltet, dass eine Ausformung aus dem Regionalen Grünzug möglich wäre.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte besteht ein Konkretisierungsspielraum der regionalplanerischen Vorgabe, so dass die Erweiterung keinen Widerspruch zur Festlegung des Regionalen Grünzuges an dieser Stelle darstellt.

Nachrichtliche Übernahmen im Regionalplan sind die Darstellung des Landschaftsschutzgebietes.

Landschaftsplan

Für die VVG Welzheim/Kaisersbach liegt ein Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan mit Stand Juni 1991 vor. Aus diesem Bericht sind bezüglich der geplanten FNP-Änderung keine Konflikte mit den Zielen des Landschaftsplanes erkennbar.

1.3.3 Sonstige Planungen

Biotopverbund (landesweit, regional, kommunal)

Es sind keine Kernflächen sowie Kern- und Suchräume des regionalen sowie des landesweiten Biotopverbundes von der Planung betroffen.

Generalwildwegeplan

Es sind keine Korridore des Generalwildwegeplans von der Planung betroffen.

1.3.4 Geschützte Bestandteile von Natur und Landschaft

Naturschutzrecht

Landschaftsschutzgebiete

Der Geltungsbereich der geplanten FNP-Änderung hat innerhalb des Schutzgebiets-Nr. 1.19.001 *Gebiete nördlich und östlich Welzheim* gelegen. Es erfolgte im Herbst 2021 ein Antrag auf Änderung der Landschaftsschutzgebiets-Verordnung mit dem Ziel der Herausnahme besiedelter Bereiche (Abrundungssatzung) als auch der Erweiterungsfläche des Busunternehmens. Das formale Verfahren hierzu wurde eingeleitet, die Beteiligung ist abgeschlossen, eine Bekanntmachung der Änderung der LSG-Verordnung ist erfolgt. Seit 03.06.2022 ist diese Änderung der LSG-Verordnung rechtskräftig.

Naturpark

Die Siedlung Schillinghof liegt vollständig im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald (Schutzgebiets-Nr. 5). Schutzzweck eines Naturparks ist nach § 27 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) die Erholung, die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus, die Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung sowie der Erhalt und die Weiterentwicklung der in den Naturparks geschützten Kulturlandschaften. Die Errichtung von baulichen Anlagen steht unter Erlaubnisvorbehalt; diese Erlaubnis gilt als erteilt, wenn diese Errichtung baulicher Anlagen nach anderen Vorschriften einer Gestattung bedarf und die zuständige Naturschutzbehörde dem zugestimmt hat (§ 4 Abs. 3 der Verordnung über Naturparks in Baden-Württemberg, V Schwäbisch-Fränkischer Wald). Dies ist in vorliegendem Falle mit dem Verfahren zur Änderung der LSG-Verordnung als auch mit Beginn des B-Planverfahrens erfüllt.

Folgende Schutzgebiete sind nicht direkt von der Planung betroffen, befinden sich jedoch in der Umgebung:

Europäische Schutzgebiete (Natura 2000)

Das nächstgelegene FFH-Gebiet *Welzheimer Wald* (Schutzgebiets-Nr. 7123341) liegt in ≥ 300 m Entfernung. Das Schutzgebiet umfasst 10 Höhlen, größere zusammenhängende Wiesentäler inmitten weiter Wälder, naturnahe Fließgewässer mit Gehölzsaum, bewaldete Klingen und Schluchten und verläuft u.a. in den tiefergelegenen Tälern der Finsteren Rot und der schwarzen Rot, welche die Hochfläche mit dem Weiler Schillinghof westlich und östlich begrenzen. Eine Betroffenheit ist nicht erkennbar.

Naturschutzgebiete

Das nächstgelegene Naturschutzgebiet *Rottal zwischen Hüttenbühl und Buchengehren* (Schutzgebiets-Nr. 1.260) beginnt südlich des Ortsteils Hüttenbühl in ≥ 1 km Entfernung zur geplanten FNP-Änderung. Eine Betroffenheit ist nicht erkennbar.

Geschützte Biotope

Das über freie Landschaft nächstgelegene nach NatSchG und LWaldG geschützte Biotop *Feuchtbiotop südlich Schillinghof* (Biotop-Nr. 171241197195) liegt ≥ 100 m entfernt von der geplanten FNP-Änderung. Eine Betroffenheit ist nicht erkennbar.

Wasserrecht

Der Geltungsbereich der FNP-Teiländerung liegt in keiner Wasserschutzgebietszone, keinem Quellschutzgebiet und keinem Überschwemmungsgebiet bzw. Hochwasserrisikogebiet.

Forstrecht

Der Geltungsbereich der FNP-Teiländerung beinhaltet keinen Wald. Der nächste Waldverbund liegt weiter als 30 m entfernt (Waldabstandsgebot gemäß § 4 LBO).

Denkmalschutz

Es erfolgten Anfragen zu möglicher Betroffenheit beim RP Stuttgart Ende Juni 2021 und Mitte September 2021, bisher ohne Rückmeldung. Der rechtskräftige FNP lässt für diesen Bereich der Teiländerung keine Hinweise auf ein Bau- oder Bodendenkmal erkennen.

Sonstige SchutzobjekteGeotope

Es sind keine Geotope von der Planung betroffen.

Hinweise auf Arten des Artenschutzprogrammes (ASP)

Es liegen keine Hinweise vor.

2 Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

2.1 Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2a BauGB) – Basisszenario

Bestandsaufnahme des aktuellen Umweltzustandes (Anlage 1 Nr.2a BauGB)	
Mensch und menschliche Gesundheit	Der Vorhabenbereich befindet sich in einer siedlungstypischen Ortsrandlage und erfüllt derzeit landwirtschaftliche sowie Wohn- und Arbeitsfunktionen. Aufgrund fehlender Wege wird das Gebiet nicht von Naherholungssuchenden frequentiert.
Fläche	Insgesamt ca. 0,85 ha betroffen. Davon sind ca. 0,64 ha als landwirtschaftliche Fläche dargestellt, welche sich zusammensetzt aus: - Acker (ca.0,17 ha, mittlere Wertigkeit der Bodenfruchtbarkeit, Acker/ Grünlandzahlen ca. 40). Landwirtschaftlich eingestuft als Vorrangfläche 2, Grenzflur in der Wirtschaftsfunktionenkarte des LEL. - Grünland (ca. 0,36 ha), Böschungsbereich - eingrünende Gehölze (ca. 0,11 ha). - 0,21 ha sind bereits als Mischgebiet dargestellt und umfassen befestigte Hoffläche, die derzeitige Bushalle und deren eingrünenden Gehölze.
Boden	Die hier vorkommenden Braunerden weisen unter landwirtschaftlicher Nutzung eine mittlere Gesamtbewertung (2,17) der natürlichen Bodenfunktionen auf. Es handelt sich um eine weit verbreitete Bodeneinheit des Stubensandstein im Welzheimer Wald.
Wasser	Keine Fließ- und Stillgewässer betroffen. Der anstehende Boden hat eine geringe bis mittlere Wasserdurchlässigkeit und Funktion als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf (LfU). Die Hydrogeologische Einheit ist der Oberkeuper und oberer Mittelkeuper (GWL/GWG) (LUBW o.J.)
Tiere	Brutvorkommen von Haussperling und Star, sowie ein Quartier der Zwergflendermaus in unmittelbarer Umgebung.
Pflanzen / Biotoptypen	Fettwiese, Acker, Zierrasen, Einzelbäume, unbefestigte Lagerfläche/Busparkplatz
Biologische Vielfalt	Das Gebiet hat sowohl hinsichtlich Flora als auch Fauna eine geringe bis mittlere Bedeutung für die Artenvielfalt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die nachgewiesenen Arten zu erwarten waren und es keine Nachweise seltener Arten gab.
Klima, Luft	Der Geltungsbereich liegt im Übergang zwischen bebautem Gebiet mit klimarelevanten Funktionen und einer geringen klimatisch-lufthygienischen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung sowie Freiflächen mit bedeutender Klimaaktivität die in nachbarschaftlichem Bezug zum Siedlungsraum stehen. Siedlungsrelevanz im Sinne einer großen Kaltluftentstehungsfläche bzw. Kalt-/Frischluftleitbahn zu einer Siedlung besteht nicht.
Landschaft	Das Gebiet ist auf einer Hochfläche gelegen, welche von baumbestandenen Einschnitten umgeben ist. Aufgrund der mäßigen Nutzungs- und Artenvielfalt sowie der mittleren anthropogenen Überprägung wird dem Landschaftsbild eine mittlere Wertigkeit (Stufe C) zugeordnet.
Kultur- und Sachgüter	Im Gebiet sind keine archäologischen Funde bekannt.
Wechselwirkungen	Es sind keine besonderen, über das allgemein bekannte Maß hinausgehende Wechselwirkungen vorhanden.

2.2 Voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung (Anlage 1 Nr. 2a BauGB)

Bei Nichtdurchführung der Planung wird die derzeitige jeweilige Nutzung fortbestehen. Wiese und Ackerland bleiben erhalten, eine weitere Versiegelung dürfte nicht erfolgen. Die natürlichen Bodenfunktionen bleiben erhalten. Die Versickerung des Niederschlagswassers auf den Flächen sowie der Schutz vor Bodenerosion wären bei gleichbleibender Weiternutzung weiterhin gegeben. Die Lebensräume werden ähnlich bestehen bleiben, das Landschaftsbild ändert sich lediglich wie bisher im Rahmen der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und Jahreszeiten. Die aktuell östlich der Bushalle bereits praktizierte Nutzung als Stellfläche für Busse wird intensiviert werden. Des Weiteren wird die unbefriedigende Situation des ruhenden Verkehrs (parkende Busse) innerhalb der Ortslage Schillinghof nicht verbessert. Die Zusammenführung der Busflotte in einer Bushalle gelingt nicht. Das Ziel einer Verbesserung der städtebaulichen Ordnung wird nicht erreicht.

Eine Reduzierung der Emissionen entlang der Stauseestraße ist derzeit nicht absehbar. Die Busse, die in der geplanten erweiterten Betriebsfläche parken sollen, tun dies aktuell in der Ortslage Schillinghof bzw. am Wohnort der Fahrer. Auch bei Nichtdurchführung der Planung entstehen bereits Effekte auf Lufthygiene und Klima, nur anders räumlich verteilt.

Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels kann es zu einer Änderung der Niederschlagsverhältnisse kommen. Schon jetzt sind die Sommer trockener als die Winter. Die Hauptniederschläge im Sommer verschieben sich auf lokale Starkregenereignisse und Gewitter (Überschwemmungsgefahr). Es kann durch andauernde stabile Großwetterlagen zu langanhaltender Trockenheit kommen. Diese führen zu einer Zunahme der Verdunstung welche die Wasserverfügbarkeit zusätzlich vermindert (FLAIG 2013). Im vegetationsarmen Winter nehmen die Niederschläge in Form von Regen zu, was ebenfalls zu einem erhöhten Oberflächenabfluss und Überschwemmungsgefahr führen kann (LFU et al. 2011). Dies bedeutet, dass die aktuelle Wiesennutzung gegenüber diesen Einflüssen als wesentlich resilienter angesehen werden kann als die Ackernutzung, die aufgrund der hängigen Topographie eher anfällig bei Starkregenereignisse sein würde.

2.3 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung (Anlage 1 Nr. 2b BauGB) sowie Maßnahmen, mit denen nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen (Anlage 1 Nr. 2c BauGB)

Aufgrund der zahlreichen Abstimmungsgespräche, insbesondere zur Änderung der Landschaftsschutzgebiets Verordnung und zur Konformität mit dem Regionalplan ist die

Eingrünung des zukünftigen Betriebsgeländes mit einer Baumhecke als Maßnahme anzusehen, welche im B-Plan festgesetzt werden wird.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2b BauGB)				
Schutzgut	baubedingte, (temporäre) Veränderung	betriebsbedingte, dauerhafte Veränderung	Maßnahme Vermeidung, Minimierung	verbleibende erhebliche Beeinträchtigung / Verbesserung
Mensch und menschliche Gesundheit	Baubedingte Störungen wie Lärm und Staub, Gefahr von Havarien der Baumaschinen während der Bauzeit	Verbesserte, geordnete Parksituation. Entlastung Parkierung innerorts Geringe Verkehrszunahmen in und aus dem Betriebsgelände Entwicklung Busunternehmen und Sicherung Arbeitsplätze	Ggf. Befeuchtung zur Reduzierung der Staubeentwicklung in der Bauzeit. Laute Arbeiten außerhalb der Ruhezeiten. Fach- und sachgerechter Umgang mit Gefahrstoffen	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen bzgl. Gesundheit und Wohlbefinden der Bevölkerung zu erwarten Die Verbesserung der Parkierungssituation kann positive Auswirkungen auf die generelle Verkehrssicherheit im Ort haben (Übersichtlichkeit Straßenraum)
Fläche	Bodenverdichtung durch Baubetrieb	Versiegelung von Flächen und Verlust von bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen	Erweiterung des Betriebsgeländes mit Weibernutzung / Erweiterung bestehender Gebäude bedeutet weniger Versiegelung als kompletten Neubau an anderer Stelle.	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten Erweiterung ist effizienter als Neubau
Boden	Schadstoff- und Staubimmissionen, Verdichtungen, Erosion, Gefahr von Havarien der Baumaschinen während der Bauzeit	Die Bebauung bisher unversiegelter Flächen führt zum unüberbrückbaren Verlust der Bodenfunktionen von Böden an dieser Stelle	Begrenzung der Bodenversiegelung auf das notwendige Maß Fachgerechter Abtrag des kulturfähigen Bodenmaterials und wenn möglich Verbesserung Bodenfunktionen an anderer Stelle durch	Durch den Verlust der Bodenfunktionen durch Versiegelung sind erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2b BauGB)				
Schutzgut	baubedingte, (temporäre) Veränderung	betriebsbedingte, dauerhafte Veränderung	Maßnahme Vermeidung, Minimierung	verbleibende erhebliche Beeinträchtigung / Verbesserung
			Oberbodenauftrag Fach- und sachgerechter Umgang mit Gefahrstoffen	
Wasser		Veränderung Versickerung und Oberflächenabflusses durch Versiegelung Bei vollständiger Abführung von Niederschlag in die Kanalisation Verringerung der Versickerung (und damit Grundwasserneubildung)	Erhalt des natürlichen Wasserkreislaufes durch entsprechendes Niederschlagsmanagement möglich: Retention, Versickerung angrenzend, Verwendung versickerungsfähiger Beläge). Konkretisierung im B-Plan-Verfahren	Unter Einbeziehung entsprechender Maßnahmen könnten erhebliche Beeinträchtigungen vermieden werden.
Tiere ¹	Baubedingte visuelle und akustische Störungen sowie Staub- und Schadstoffimmissionen Lebensraum- und Nahrungsraumverlust	Dauerhafte Meiderreaktion von sensiblen Arten Annahme des neu entstehenden Lebensraumes durch ubiquitäre Arten	Bauzeitenbeschränkung Verwendung spezieller Leuchtmittel und Vermeidung von Streulicht Installation von Nisthilfen Neupflanzung der eingrünenden Gehölze als Festsetzung im B-Plan	Unter Einbeziehung entsprechender Maßnahmen sind erhebliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.
Pflanzen / Biotoptypen	Verlust von Flächen mit geringer bis mittlerer Bedeutung aus naturschutzfachlicher Sicht Lebensraumverlust durch Bodenabtrag und	Verlust von Wiese und Acker (naturschutzfachlich mittlere bis geringe Bedeutung)	Vorschläge für Festsetzung im B-Plan: - Teilerhaltung von Bestandsbäumen - Pflanzung Gehölze (eingrünende Baumhecke)	Unter Einbeziehung entsprechender Maßnahmen sind erheblichen Beeinträchtigungen vermeidbar.

¹ Anmerkung: Die in der saP zum B-Plan beschriebene Betroffenheit der Obstwiese ist durch Herausnahme aus dem Plangebiet nicht (mehr) gegeben; die diesbezügliche Artenschutzmaßnahme (Nachpflanzung entfallender Obstgehölze) daher nicht mehr notwendig.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2b BauGB)				
Schutzgut	baubedingte, (temporäre) Veränderung	betriebsbedingte, dauerhafte Veränderung	Maßnahme Vermeidung, Minimierung	verbleibende erhebliche Beeinträchtigung / Verbesserung
	Vegetationsbeseitigung		- gärtnerische Gestaltung von Teilflächen	
Biologische Vielfalt	Veränderung und Verlust von Lebensraum	Bei entsprechender Festsetzung im B-Plan: Neuentwicklung Baumhecke zur Wiederherstellung Lebensraum	Vorschläge B-Plan Festsetzungen: Teilerhaltung von Bestandsbäumen Pflanzung einer Baumhecke gärtnerische Gestaltung von Teilflächen	Unter Einbeziehung entsprechender Maßnahmen sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten.
Klima, Luft	Baubedingte Störungen wie Staub	Kleinräumige klimatische Auswirkungen durch Versiegelung	Teilerhaltung von Bestandsbäumen Pflanzung einer Feldhecke gärtnerische Gestaltung von Teilflächen	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
Landschaft	Baubedingte ggfls. Visuelle Störungen	Keine	Randliche Eingrünung mit einer Feldhecke Teilerhaltung von Bestandsbäumen Gärtnerische Gestaltung von Teilflächen	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
Kultur- und Sachgüter	Etwaige Funde		Meldung etwaiger Funde im Bauverlauf beim Landesamt für Denkmalpflege	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
Wechselwirkungen				Besondere Wechselwirkungen sind nicht zu erwarten

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes (Anlage 1 Nr. 2b BauGB)				
Weitere Belange des Umweltschutzes	baubedingte, (temporäre) Veränderung	betriebsbedingte, dauerhafte Veränderung	Maßnahme Vermeidung, Minimierung	verbleibende Auswirkungen durch die FNP-Änderung
Klimawandel <i>(Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf das Klima und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels.)</i>	baubedingt generell ein erhöhter Ausstoß an klimarelevanten Abgasen	<p>Ein weiteres Wohnhaus erhöht den Heizbedarf, Gleiches gilt u.U. für eine größere Bushalle</p> <p>Eine signifikante Erweiterung der Busflotte ist nicht vorgesehen</p> <p>(Neue) Gebäude sind Folgen des Klimawandel ausgesetzt.</p> <p>Zunahme Hitzeeffekt bei neuen bzw. größeren Gebäuden und Zunahme Versiegelung bei Reduzierung Wiese/ Acker.</p>	<p>Allgemeiner Hinweis (FNP-Ebene):</p> <p>Neue Gebäude sollten baulich Starkregen- und Hagelereignissen standhalten, Bewohner und Sachgüter auch vor Hitze schützen und Heizbedarf über erneuerbare Energien abdecken.</p> <p>Dachbegrünung und helle Fassaden können einem Hitzeeffekt entgegenwirken.</p> <p>Bestenfalls sind die Gebäude aus nachhaltigen, recycelbaren Materialien errichtet.</p> <p>Solarnutzung reduziert generell Einsatz fossiler oder atomarer Energieträger.</p>	<p>Konkretisierung im B-Planverfahren oder Baugenehmigungsverfahren</p> <p>Keine Kalt-/ Frischluftleitbahn betroffen, kein bodeninversionsgefährdetes Gebiet</p>
Natura 2000	Keine Betroffenheit erkennbar	Keine Betroffenheit erkennbar	-	-
Kumulation mit Auswirkungen Vorhaben benachbarter Plangebiete	Keine Auswirkungen erkennbar	Keine Auswirkungen erkennbar	-	-
Abrissarbeiten	Ggf. in geringem Umfang um Erweiterung der Bushalle zu ermöglichen	-	<p>Ggf. Befeuchtung zur Reduzierung der Staubentwicklung in der Bauzeit.</p> <p>Laute Arbeiten außerhalb der Ruhezeiten.</p>	Keine erheblichen Beeinträchtigungen

			Fach-und sachgerechter Umgang mit Gefahrstoffen	
die Vermeidung von Emissionen (Schadstoffe, Lärm, Erschütterung, Licht, Wärme, Strahlung) sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern	Baubedingte Emissionen wie Schall, Schadstoffe und Staub	Verlagerung der KFZ-Emissionen aufs Betriebsgelände (Parken, Losfahren) und Reduzierung in der Ortslage, keine Erhöhung der Emissionen	Minimierung von baubedingten Emissionen Sachgerechter Umgang mit Abwässern	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten
die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,	Baubedingt erhöhter Energiebedarf	Erzeugung erneuerbarer Energien durch verpflichtende PV-Anlage auf Nichtwohngebäuden (01.01.2022) und neuen Wohngebäuden (01.05.2022)	Nutzung erneuerbarer Energien	Es sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten

Angesichts des Klimawandels wird im betrachteten Gebiet die Wärmebelastung zunehmen (Hitzeeffekt bei Bebauung). Der Ebene FNP / Landschaftsplan kommt hierbei vor allem die Funktion des Erhalts von Kalt- und Frischluftentstehungsgebieten, der Analyse und Freihaltung von großräumigen Luftleitbahnen zu (ggf. Klimaschutzkonzept) und planerische Berücksichtigung von Bodeninversionsgebieten. Bei Teiländerungen des FNP bzw. auf B-Planebene sind kleinräumigere Maßnahmen zu betrachten. Einige allgemeine, durchführbare Maßnahmen (Dachbegrünung, Durchgrünung, Eingrünung, offene Wasserführung, offene Versickerungsbecken) dienen der Klimaanpassung indem sie generell Luftfeuchte erhöhen und Hitzeeffekten damit gegensteuern. Erzeugung von regenerativer Energie (Photovoltaik, Kleinwindanlagen etc.) im betrachteten Gebiet kann einen Beitrag zur Reduzierung des Einsatzes fossiler Brennstoffe und damit in Richtung Klimaneutralität leisten. Eine Umsetzung ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung und der Baugenehmigung zu prüfen und umzusetzen.

2.4 Beschreibung der Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen

Die Teiländerung des FNP bedingt eine Mischgebiets- bzw. gewerbliche Nutzung. Dabei soll auf der dem Weiler Schillinghof zugewandten Mischgebietsfläche ein weiteres Wohnhaus errichtet werden; hier ist keine Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen erkennbar. Auf der gewerblichen Fläche ist geplant, die bestehende Bushalle und Waschanlage zu erweitern. Hier werden wassergefährdende Stoffe eingesetzt (z.B. Mineralölprodukte wie Heizöl, Diesel und Benzin, aber auch Wasch- und Putzmittel, Lacke). Schwere Unfälle und Katastrophen mit weitreichenden Auswirkungen über die Gewerbefläche hinaus, z.B. Eintrag in Boden, Grundwasser oder umliegende Landschaft, sind schwer vorstellbar. Sie können durch den fach- und sachgerechten Umgang mit wassergefährdenden und brennbaren Stoffen und entsprechende Schulung der Mitarbeiter vermieden werden.

2.5 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich nachteiligen Auswirkungen

Im Folgenden werden Maßnahmen benannt, die geeignet sind, nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, minimieren und auszugleichen. Eine Festsetzung für innerhalb des Geltungsbereiche gelegenen Maßnahmen ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan) zu prüfen.

Die Maßnahmen zum Artenschutz, sofern sie aus einer bereits durchgeführten artenschutzrechtlichen Prüfung resultieren, sind zwingend notwendig und unterliegen nicht der Abwägung.

Viele Maßnahmen wirken sich positiv auf mehrere Umweltbelange aus, so dass durch Maßnahmen für die erheblich betroffenen Umweltbelange auch Beeinträchtigungen der anderen betroffenen Umweltbelange ausgeglichen werden können.

Verbleiben nach Berücksichtigung aller vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung erhebliche negative Auswirkungen auf einzelne Umweltbelange, sind Maßnahmen und Flächen außerhalb des von der Änderung des FNP betroffenen Bereiches zu identifizieren, die sich für Kompensationsmaßnahmen eignen.

Die Gemeinden überwachen nach § 4a BauGB nicht nur die erheblichen Umweltauswirkungen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen, sondern auch die Durchführung externen Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz.

2.5.1 Maßnahmen zum Artenschutz

Diese Maßnahmen sind nicht abwägbar und zwingend durchzuführen. Eine Erläuterung zur Herleitung findet sich in der separaten Unterlage der saP (Zeeb&Partner 2020).

Unter Berücksichtigung von Maßnahmen zum Artenschutz gibt es derzeit keine Hinweise auf unüberwindbare Hindernisse. Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen des § 44 BNatSchG müssen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

§ 44 (1) 1+2 BNatSchG (Tötungsverbot, Störungsverbot)

Maßn.-Be- zeichn.	Arten- gruppe	Kurzbeschreibung
V1	Vögel Fleder- mäuse	Rodung der Gehölze und Baufeldfreimachung im Umgriff außerhalb der Brutperiode in der Zeit vom 1. Oktober bis 28. Februar.
V2	Fleder- mäuse	Einsatz von Leuchtmitteln, bei denen der Ultraviolett- und Blauanteil im Lichtspektrum möglichst gering ist. Derzeit sollten vor allem LED-Lampen mit entsprechendem Spektrum ohne UV-Anteil und einer Farbtemperatur von mindestens 3000 Kelvin eingesetzt werden. Dabei soll v. a. auch die Abstrahlung nach oben so gering wie möglich sein. Das Schutzglas muss flach sein, um Streulicht zu vermeiden (keine Lichtabstrahlung). Das Leuchtmittel darf nicht aus der Lampe herausragen. Es wird vorgeschlagen die Neonröhre mit Bewegungsmelder unter der Ausflugsstelle an der Westfassade zu entfernen.

§ 44 (1) 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)

Maßn.-Be- zeichn.	Arten- gruppe	Kurzbeschreibung
CEF1	Vögel	Installation von Nisthilfen: 2 Starenkästen (Einflugloch ø45mm), z. B. Fa. Schwegler, auf den angrenzenden Flurstücken als Ersatz für die zwei Brutstätten des Stars. 2 Koloniekästen (Fa. Schwegler) als Ersatz für die möglicherweise entfallenen Brutstätten des Haussperlings.

2.5.2 Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und zum Ausgleich

Im parallel durchgeführten B-Plan-Verfahren wurden bereits Maßnahmen erarbeitet. Diese lagen in der frühzeitigen Beteiligung nach §3 (1) BauGB und §4 (1) BauGB bereits aus.

Hierbei handelt es sich nicht um großflächige Maßnahmen, die bisher nach § 5 BauGB dargestellt werden können. Angesprochen sind im B-Plan bisher:

- Bauzeitenbeschränkung für Baufeldräumung
- Einsatz von fledermausfreundlichen Leuchtmitteln

- Installation von Nisthilfen
- Pflanzgebot private Grünfläche
- Erhalt Einzelbäume (Pflanzbindung)
- Gärtnerische Gestaltung von Grünflächen
- Vermeidung von Kleintierfallen
- Insektenfreundliche Beleuchtung
- Allgemeiner Bodenschutz
- Bodenmanagement
- Bodenkundliche Baubegleitung
- Retention/Nutzung Niederschlagswasser Dachflächen
- Versickerung Niederschlagswasser
- Allgemeiner Schutz Grundwasser
- Einsatz von erneuerbaren Energien, z.B. Solaranlagen

Zum Ausgleich des trotz allem verbliebenen Kompensationsdefizits wurden Flächen in der Gemeinde Kaisersbach, Flur 7 Schillinghof und in der Gemeinde Alfdorf identifiziert, die fachlich geeignet sowie verfügbar sind:

Maßnahme zum Artenschutz

Die Aufhängung der Nisthilfen erfolgt um Umkreis von wenigen Metern bis ca. 140 m gemäß des Lageplans „Standorte für Nistkästen“ vom 23.05.2022 vom Büro Reschl Stadtentwicklung. Die Standorte wurden in Zusammenarbeit mit dem Büro Zeeb & Partner (Artenschutzprüfung) entwickelt und mit der UNB abgestimmt.

Ausgleichsmaßnahme - Maßnahme zum Bodenschutz, Bodenverbesserung

Oberboden vom B-Plangebiet wird gemäß Bodenschutzkonzept der Gruppe für ökologische Gutachten (Juli 2022) fachgerecht abgetragen und auf Flurstück 151, Flur 7 Schillinghof, Gemarkung Kaisersbach zur Bodenverbesserung aufgebracht.

Ausgleichsmaßnahmen – Entwicklung von Magerwiese

Auf den „Restflächen“ der Flurstücke 52/1, 52/2 und 53, Flur 7 Schillinghof, Gemeinde Kaisersbach, welche außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes liegen, wird auf ca. 4.840 m² eine Magerwiese entwickelt.

Des Weiteren ist auf Flurstück 684, Gmd. Alfdorf, Gewinn Hof und Kauzenacker auf ca. 2.980 m² ebenfalls eine Magerwiese zu entwickeln. Der Bereich des Flächennaturdenkmales bleibt hierbei unverändert.

Da die Flächen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses zur FNP-Änderung nicht vorlagen und außerhalb des Geltungsbereiches der FNP-Änderung und tlw. sogar außerhalb der VVG Welzheim / Kaisersbach liegen, erfolgt keine zeichnerische Darstellung oder Festsetzung. Sie werden im Umweltbericht zum B-Planverfahren (GÖG, 07.07.2022) detailliert beschrieben und verortet.

3 Zusätzliche Angaben:

3.1 Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung

Für den Umweltbelang Mensch ist die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung zu betrachten. Im Vordergrund der Betrachtungen stehen daher die Aspekte: Wohn-/ (Arbeits-)funktion, Gesundheit und Wohlbefinden, Arbeitsumfeld-, Wohnumfeld- und Erholungsfunktionen.

Für den Umweltbelang Fläche erfolgt im Umweltbericht zunächst eine rein quantitative Betrachtung. Die qualitativen Aspekte des Umweltbelangs werden in den anderen Umweltbelangen mitberücksichtigt (z.B. Bodenqualität, Funktion im Wasserkreislauf etc.).

Im Bestand wird die vorhandene Nutzungsstruktur (Art der Flächennutzung und ggf. die Nutzungseffizienz) angegeben. Hierbei finden u.a. land- und forstwirtschaftliche Aspekte (z.B. Wirtschaftsfunktionen) Berücksichtigung. Die Bewertung der Auswirkungen erfolgen u.a. anhand Anteil der versiegelten Fläche im Plangebiet, Nutzungseffizienz (Nutzungsdichte) auf der Fläche, Funktionsräumliche Anbindung, Baulandpotenzial im Innenbereich.

Umweltbelang Boden besitzt unterschiedlichste Funktionen für den Naturhaushalt: Lebensgrundlage und der Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen, Wasser- und Nährstoffkreisläufe (Natürliche Bodenfruchtbarkeit, Sonderstandort für naturnahe Vegetation), seine Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften, seine Grundwasserschutzfunktion und seine Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte. Als Datengrundlage wurden die Bodendaten des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Maßstab 1:50.000 (BK 50 GeoLA - Integrierte Geowissenschaftliche Landesaufnahme (LGRB 2019)) und ergänzend Informationen aus der Reichsbodenschätzung verwendet. Die Bewertung des Umweltbelangs Boden erfolgt nach der Ökokontoverordnung (ÖKVO) Baden-Württemberg. Aufgrund der anthropogenen Überprägung der Fläche ist eine Vorbelastung der Böden anzunehmen, weshalb die Böden entsprechend dem Grad ihrer Veränderung im Rahmen einer Einzelfallregelung einzustufen sind (LUBW 2012).

Umweltbelang Wasser besitzt in den Teilbereichen Grund- und Oberflächengewässer unterschiedliche Funktionen für den Naturhaushalt. Die Betrachtungen und Bewertungen zum Grundwasser sind überwiegend durch die Betrachtung zum Boden (Filter, Puffer, Durchlässigkeit etc.) mit abgedeckt, Oberflächengewässer werden hinsichtlich Wasserqualität, Lebensraum für Flora und Fauna, Gewässergüte betrachtet. Eine Sonderstellung im Rahmen der Bauleitplanung nimmt die Betrachtung des Umganges mit Niederschlagswasser im Sinne der Aufrechterhaltung des Wasserkreislaufes bei Vermeidung von Starkregen-/Hochwasserschäden ein.

Die Umweltbelange Tiere, Pflanzen/Biototypen und die biologische Vielfalt, welche auch die Biototypen umfassen, bilden den biotischen Teil des Naturhaushalts ab. In der Zusammenschau dieser Umweltbelange werden die Lebensgemeinschaften des Untersuchungsgebietes mit ihren floristischen und faunistischen Komponenten erhoben und bewertet. Die Biototypen wurden im Frühjahr 2021 erhoben, die Bewertung des Umweltbelangs Biototypen erfolgt nach der Ökokontoverordnung (ÖKVO) Baden-Württemberg. Fauna wird aufgrund der Übersichtsbegehung zu Lebensraumausstattung, Habitatstrukturtypen, Ausprägung des Umfeldes und verfügbaren Datengrundlagen zu Artvorkommen analysiert und bewertet. Dies erfolgte durch das Büro Zeeb& Partner 2019 (Zeeb&Partner 2020). Die biologische Vielfalt wird aus den Betrachtungen zu Flora und Fauna heraus begutachtet.

Bei den Umweltbelangen Klima und Luft sind als Schutzziele die Vermeidung von Luftverunreinigungen und die Erhaltung von Reinluftgebieten sowie die Erhaltung des Bestandsklimas und der lokalklimatischen Regenerations- und Austauschfunktionen zu nennen. Weiterhin sind nach Baugesetzbuches (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstaben e-i BauGB), im Sinne des Umweltschutzes zur Lufthygiene und zur Beibehaltung der klimatischen Verhältnisse die Vermeidung von Emissionen (Buchstabe e, 11.), die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie (Buchstabe f, 12.) und Aspekte des Immissionsschutzes (Buchstaben g und h, 13.) von Bedeutung. Darüber hinaus sieht § 1a BauGB in Nr. 5 vor, „den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.“ Zum Umweltbelang Klima / Luft stehen die Daten des Klimaatlas der Region Stuttgart zur Verfügung (VERBAND REGION STUTTGART 2008) zur Verfügung.

Schutzziele des Umweltbelangs Landschaft sind das Landschaftsbild/Stadtbild, das es in seiner Eigenart, Vielfalt und Schönheit zu erhalten gilt und die Erhaltung ausreichend großer, unzerschnittener Landschaftsräume, insbesondere Landschaftsteile mit besonderer Ausprägung. Eine Bewertung orientiert sich an der „Empfehlung für die Bewertung von Eingriffen“ (LFU 2005).

Der Umweltbelang Kulturelles Erbe benennt, so vorhanden, Kulturgüter (Baudenkmale, Bodendenkmale, Kulturlandschaft und sonstige Sachgüter) und beschreibt mögliche Auswirkungen durch die Planung. Sollten hier Konflikte auftreten, ist zur Bewertung die zuständige Denkmalbehörde einzubeziehen.

Folgende Planungsgrundlagen konnten bei der Umweltprüfung herangezogen werden:

- VVG Welzheim/Kaisersbach (1994): Rechtskräftige Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit Stand 24.03.1994.
- Gemeinde Kaisersbach (1996): Abgrenzungs- und Abrundungssatzung der Ortslage Schillinghof aus dem Jahre 1996 (Bekanntmachung 30.04.1996).

- Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH (1991): Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan der VVG Welzheim / Kaisersbach vom 15.06.1991. 96 Seiten.
- VVG Welzheim / Kaisersbach // Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co.KG: Teiländerung des FNP im Parallelverfahren zum Bebauungsplan „Südlich der Stauseestraße“ im Ortsteil Schillinghof in der Gemeinde Kaisersbach. Stand 22.02.2022. 13 Seiten
- Gemeinde Kaisersbach / Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co.KG: Vorentwurf B-Plan Schillinghof-Südlich Stauseestraße, Stand 10.11.2021 sowie Entwurfsstand Juli 2022.
- Gruppe für ökologische Gutachten: Umweltbericht zum B-Plan Schillinghof-Südlich Stauseestraße, Stand Juli 2022.

3.2 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Bei der Bearbeitung des Umweltberichtes wurde auf die o.g. Daten und Unterlagen zurückgegriffen. Hierbei gab es keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben. Lediglich die Auswertung des Landschaftsplanes von 1991 bot keine kartographische Darstellung und Maßnahmenzuordnung zum Bereich Schillinghof.

3.3 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen

Nach § 14m UVPG sowie § 4c BauGB sind die erheblichen Umweltauswirkungen, die sich aus der Umsetzung des Plans ergeben zu überwachen um ggf. geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können. Da auf Ebene der Flächennutzungsplanung noch keine Baumaßnahmen direkt umgesetzt werden und häufig auch die konkreten Auswirkungen nicht spezifiziert sind, muss die Detaillierung der Auswirkungen auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen. Das Monitoring des Flächennutzungsplans zielt daher auf die Erfassung weniger übergeordneter Indikatoren, wie Einhaltung der Flächengrößen und Ausgestaltung als Mischgebiet bzw. Gewerbegebiet oder Erhalt Grünflächen, in relativ großen Zeiträumen (5-10 Jahre) bzw. mit jeder Fortschreibung des FNP ab.

4 Quellen

4.1 Fachliteratur

- DIN 19731: 1998-05: Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial, Berlin. Beuth Verlag.
- DIN 19639: 2019-09: Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, Berlin. Beuth Verlag.
- DIN 18005-1: 2002-07: Schallschutz im Städtebau - Teil 1: Grundlagen und Hinweise für die Planung, Berlin. Beuth Verlag.
- DIN 18915: 2002-08: Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten (Stand: 2002). Beuth Verlag.
- FLAIG, H. (2013): Anpassungsstrategie Baden-Württemberg an die Folgen des Klimawandels - Fachgutachten für das Handlungsfeld Landwirtschaft - Teil A: Langfassung. Im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. 208 Seiten.
- LFU - BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELTSCHUTZ, LUBW - LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG, LFU RP - LANDESAMT FÜR UMWELT, WASSERWIRTSCHAFT UND GEWERBEAUFSICHT RHEINLAND-PFALZ & DWD - DEUTSCHER WETTERDIENST (2011): Klimawandel in Süddeutschland - Veränderungen von meteorologischen und hydrologischen Kenngrößen. Klimamonitoring im Rahmen des Kooperationsvorhabens KLIWA. Monitoringbericht 2011. 40 Seiten.
- LFU - LANDESANSTALT FÜR UMWELTSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2005): Empfehlungen für die Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie Ermittlung von Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie deren Umsetzung - Teil A: Bewertungsmodell. 31 Seiten.
- LGRB - LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (2019): Bodenkarte von Baden-Württemberg 1:50.000 (GeoLa BK 50), Freiburg im Breisgau.
- LUBW - LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG (2012): Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung - Arbeitshilfe. Bodenschutz 24, Karlsruhe. 28 Seiten.
- VERBAND REGION STUTTGART (2008): Klimaatlas Region Stuttgart. Schriftenreihe Verband Region Stuttgart, 26. Verband Region Stuttgart, Stuttgart.
- VERBAND REGION STUTTGART (2009): Regionalplan Region Stuttgart - Satzungsbeschluss vom 22. Juli 2009. Verfügbar unter: www.region-stuttgart.org.

4.2 Rechtsgrundlagen und Urteile

Baugesetzbuch (BauGB): Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

Baugesetzbuch (BauGB): in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2939).

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV): vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465).

Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG): Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 101 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG): Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298).

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG): Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434).

Denkmalschutzgesetz (DSchG): Gesetz zum Schutz von Kulturdenkmale vom 6. Dezember 1983 (GBl. S.797), zuletzt geändert durch Artikel 9 der Verordnung vom 25. Januar 2012 (GBl. S. 65,66).

Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL): Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000 S. 1).

Richtlinie des Rates 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. L 206 vom 22.07.1992), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20.11.2006 (ABl. EG Nr. L 363, Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie).

Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW): vom 23. Juli 2013 (BGI. S. 229), zuletzt mehrfach geändert, §§ 4a, 7a bis 7g und §§ 8a bis 8e neu eingefügt, § 9 neu gefasst durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020 (GBl. I S. 937).

Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG): Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. 2004, 905), zuletzt geändert: §§ 2 und 17 durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GBl. S. 1233, 1247).

Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG BW): vom 23. Juni 2015 (GBl. 2015, S. 585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2017 (GBl. S. 597, ber. S. 643).

Ökokontoverordnung (ÖKVO): Verordnung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über die Anerkennung und Anrechnung vorzeitig durchgeführter Maßnahmen zu Kompensation von Eingriffsfolgen, 19. Dezember 2010 (GBl. 2010, S. 1089).

Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm): Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503).

Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft): Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 24. Juli 2002.

Umweltschadensgesetz (USchadG): Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 2016 (BGBl. I S. 1972).

Verordnung des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum zur Festlegung von Europäischen Vogelschutzgebieten (VSG-VO): vom 5. Februar 2010 (GBl. 2010 Nr. 3, S. 37), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 21.08.2017 (GBl. S. 494, ber. 2018, S. 84).

Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG BW): vom 03.12.2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99, 106) m. W. v. 11.03.2017.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG): vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 122 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626).

4.3 Projektbezogene Quellen

Landratsamt Waiblingen (1968): Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen vom 04.11.1968. *1.19.001 Gebiete nördlich und östlich Welzheim*, (geändert 1981, 1993, 1994, 2005) (Sammelverordnung für die LSG Nr. 1.19.001 bis 1.19.003; 1.19.008, 1.19.009; 1.19.013 bis 1.19.015, 1.19.020 und 1.19.22.LSG).

Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH (1991): Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan der VVG Welzheim / Kaisersbach vom 15.06.1991. 96 Seiten.

Umweltministeriums Baden-Württemberg: Verordnung über Naturparks in Baden-Württemberg, V Schwäbisch-Fränkischer Wald. Stuttgart, 21.06.1993, zuletzt geändert durch die Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Änderung der Verordnung über den Naturpark „Schwäbisch-Fränkischer Wald“ vom 31. August 2020.

VVG Welzheim/Kaisersbach (1994): Rechtskräftige Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit Stand 24.03.1994.

- Gemeinde Kaisersbach (1996): Abgrenzungs- und Abrundungssatzung der Ortslage Schillinghof aus dem Jahre 1996 (Bekanntmachung 30.04.1996).
- Stalber Projektbau GmbH (2020): Anbau einer Abstellhalle, Neubau einer Waschstraße. Pläne zu Grundriss, Ansichten, Schnitte. 30.10.2020.
- Gemeinde Kaisersbach / Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co.KG: Vorentwurf B-Plan *Schillinghof-Südlich Stauseestraße*, Stand 10.11.2021
- Gemeinde Kaisersbach / Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co.KG: Entwurf B-Plan *Schillinghof-Südlich Stauseestraße*, Stand Juli 2022 und Stand Satzungsbeschluss Oktober 2022.
- Gemeinde Kaisersbach / Gruppe für ökologische Gutachten: Umweltbericht zum B-Plan Schillinghof-Südlich Stauseestraße, Stand Juli 2022 (Entwurf)
- Gruppe für ökologische Gutachten: Bodenschutzkonzept zum B-Plan Schillinghof-Südlich Stauseestraße, in Bearbeitung Stand Juni 2022
- VVG Welzheim / Kaisersbach // Reschl Stadtentwicklung GmbH & Co.KG: Teiländerung des FNP im Parallelverfahren zum Bebauungsplan „Südlich der Stauseestraße“ im Ortsteil Schillinghof in der Gemeinde Kaisersbach. Stand 22.02.2022 (Entwurf) und Stand 06.07.22 (Feststellungsbeschlussstand). 13 Seiten

5 Anhang

5.1 Relevante Fachgesetze und untergesetzliche Regelungen, deren festgelegte Ziele des Umweltschutzes und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des Bauleitplans berücksichtigt wurden

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
Mensch	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind zu berücksichtigen: – die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse – die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt – die Vermeidung von Emissionen	Beachtet, Ziel ist Verbesse- rung städtebau- liche Ordnung, insbesondere ruhender Ver- kehr
	Bundes-Immissions- schutzgesetz (BIm- SchG)	Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vor- beugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Be- lästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen).	
	Bundesnaturschutz- gesetz (BNatSchG) Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG BW)	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Men- schen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass – die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, – die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, – die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Rücksichtnahme auf agrarstrukturelle Belange insbesondere bei für landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden gemäß § 15 Abs.3 BNatSchG	Beachtet, siehe unter Pflanzen und Tiere
	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm)	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge	Keine erhebli- che Zunahme Verkehr abseh- bar, Vermei- dung Parksuch- verkehr und
	DIN 18005-1:Techni- sche Anleitung zum	Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch	

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
	Schutz gegen Lärm (TA Lärm) DIN 4109: Schall- schutz im Hochbau, DIN EN-1793-2: Lärmschutzvorrich- tungen an Straßen, VDI 2719: Schall- schutz von Fenstern	durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.	mehr Stellplatz innerhalb Bus- halle. Weitere Lärmquelle nicht erkennbar.
Pflanzen und Tiere/ Biologische Vielfalt	Bundesnaturschutz- gesetz (BNatSchG), Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG BW)	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Men- schen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass – die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, – die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, – die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie – die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.	Beachtung Ein- griffsregelung im B-Planver- fahren, Antrag Gebiets- änderung LSG, Prüfung Beson- derer Arten- schutz
	FFH-RL (Richtlinie 92/43/EWG) Vogelschutz-RL Verordnung des Mi- nisteriums für Ernäh- rung und ländlichen Raum zur Festlegung von Europäischen Vogelschutzgebieten (VSG-VO)	– Schutz und Erhalt der Lebensstätten und Lebensraum von geschützten Tierarten und ge- schützten Lebensraumtypen – Schaffung zusammenhängendes europaweites Netz an Lebensstätten – dienen gemeinsam im Wesentlichen der Umsetzung der Berner Konvention; eines ihrer we- sentlichen Instrumente ist ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten, das Natura 2000 genannt wird – Artenschutzregelungen für solche europaweit gefährdeten Arten, die nicht durch Schutzge- biete geschützt werden können, da sie z.B. in bestimmten Lebensräumen großräumig vor- kommen können – In Artikel 8 der FFH-Richtlinie haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die finanziellen Mittel zur Umsetzung der Richtlinie zu ermitteln und bereit zu stellen, etwa für Landnutzer, die ggf. zur Erreichung der Schutzziele Bewirtschaftungsauflagen auf ihren Flächen umset- zen müssen. Dieser Verpflichtung kommen viele deutsche Bundesländer bis heute nicht nach und haben keine ausreichenden Mittel bereitgestellt, so dass gerade in Land- und Forstwirtschaft oft Verunsicherung bei der Ausweisung der Natura 2000-Gebiete entstand. – Einschränkung und Kontrolle der Jagd ebenso wie Einrichtung von Vogelschutzgebieten als eine wesentliche Maßnahme zur Erhaltung, Wiederherstellung bzw. Neuschaffung der Le- bensräume wildlebender Vogelarten.	Natura 2000 Gebiet nicht be- troffen Kein Lebens- raumtyp (LRT) oder FFH- Anhangart au- ßerhalb von Na- tura 2000 Ge- bieten betroffen

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
		<ul style="list-style-type: none"> – Die Vogelschutzgebietsverordnung legt Europäische Vogelschutzgebiete gemäß Artikel 4 Abs. 1 und 2 der Vogelschutzrichtlinie für Baden-Württemberg fest. 	
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> – die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie – die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz) zu berücksichtigen. 	Beachtet soweit auf FNP-Ebene möglich, Hinweise für B-planverfahren
	Umweltschadensge- setz (USchadG)	Vermeidung bzw. Sanierung von Schädigungen von Arten und natürlichen Lebensräumen	Keine Betroffenheit
Boden	Bundes-Boden- schutzgesetz (BBodSchG) Bundes-Boden- schutz- und Altlasten- verordnung (BBodSchV)	Ziele des BBodSchG sind <ul style="list-style-type: none"> – der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, ▪ Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, ▪ Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz), ▪ Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, ▪ Standorte für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen, – der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, – die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten. 	beachtet, Konflikt Boden- schutz wird durch Boden- schutzkonzept im Rahmen B- Plan minimiert.
	Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG)	Nach Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz ist bei Vorhaben, die auf mehr als 0,5 ha natürlichen Boden einwirken, vom Vorhabenträger ein Bodenschutzkonzept zu erstellen (§2 Abs.3 LBodSchAG).	
	Baugesetzbuch (BauGB)	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.	Alternativenprüfung: Entwick- lung an neuem Standort ver- braucht mehr Fläche
	Umweltschadensge- setz (USchadG)	Vermeidung bzw. Sanierung von Schädigungen des Bodens durch eine Beeinträchtigung der Bodenfunktionen, die durch eine direkte oder indirekte Einbringung von Stoffen, Zubereitungen,	Keine Betroffenheit auf FNP-

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
		Organismen oder Mikroorganismen auf, in oder unter den Boden hervorgerufen wurde und Ge- fahren für die menschliche Gesundheit verursacht	Ebene erkenn- bar
	DIN 18915: Vegetati- onstechnik im Land- schaftsbau - Boden- arbeiten (2002)	Regelung zum Umgang mit Boden und Bodenmaterial bei Bodenarbeiten im Landschaftsbau	Beachtet, Bo- denschutzkon- zept (BSK) im Rahmen B-Plan beauftragt, angestrebt wird Wiederverwen- dung Oberbo- den zur Boden- verbesserung
	DIN 19731: Bodenbe- schaffenheit - Ver- wertung von Boden- material (1998)	Verwertung von im Zuge von Bautätigkeiten anfallenden Bodenmaterials zur Minimierung der Abfallproduktion	
	DIN 19639: Boden- schutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben (2019)	Grundlage zur Planung zur Planung und Umsetzung des baubegleitenden Bodenschutzes mit dem Schwerpunkt der Vermeidung und Minderung physikalischer Bodenbeeinträchtigungen.	
Wasser	Wasserhaushaltsge- setz (WHG) Wassergesetz für Ba- den-Württemberg (WG BW)	Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung ver- meidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen. Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit. Nach § 27 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) besteht für die Bewirtschaftung von Gewässern ein Verschlechterungsverbot und ein Erhaltungs- bzw. Verbesserungsgebot für einen guten ökolo- gischen und chemischen Zustand. Berücksichtigung des Gewässerausgleich nach § 67 WHG.	Umgang mit Niederschlags- wasser wird im B-Plan-Verfah- ren geklärt
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> – die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie – die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in sei- nen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach Bundesnatur- schutzgesetz) zu berücksichtigen. 	betrachtet
	Umweltschadensge- setz (USchadG)	Vermeidung bzw. Sanierung von Schädigungen der Gewässer (Oberflächen- und Grundwasser)	Keine Betroffen- heit erkennbar

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
	Wasserrahmenrichtli- nie Europäische Wasserrahmenrichtli- nie (EU-WRRL)	<p>Ziel dieser Richtlinie ist [...]</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vermeidung weiterer Verschlechterung sowie Schutz und Verbesserung des Zustands der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt, – Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung – Anstreben eines stärkeren Schutzes und einer Verbesserung der aquatischen Umwelt, u. a. durch spezifische Maßnahmen zur Reduzierung von Einleitungen, Emissionen und Verlusten von prioritären Stoffen – Reduzierung der Verschmutzung des Grundwassers und Verhinderung weiterer Verschmutzung <p>womit u.a. beigetragen werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> – zur ausreichenden Versorgung mit Oberflächen- und Grundwasser guter Qualität – zu einer wesentlichen Reduzierung der Grundwasserverschmutzung. 	Keine Fließ- o- der Stillgewäs- ser im Rahmen der WRRL be- troffen, keine signifikante Auswirkung auf einen Einzugs- bereich eines Fließgewäs- sers.
Klima/Luft	Bundesnaturschutz- gesetz (BNatSchG) Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG BW)	Beeinträchtigungen des Klimas sind zu vermeiden; hierbei kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien besondere Bedeutung zu. Auf den Schutz und die Verbesserung des Klimas, einschließlich des örtlichen Klimas, ist auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinzuwirken. Wald und sonstige Gebiete mit günstiger klimatischer Wirkung sowie Luftaustauschbahnen sind zu erhalten, zu entwickeln oder wiederherzustellen.	Beachtet, keine Luftleitbahn be- troffen, PV-Pflicht für Neubau Nicht- wohn- und Wohngebäude
	Bundes-Immissions- schutzgesetz (BIm- SchG) inkl. Verord- nungen	Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen)	
	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt.	Keine Anhalts- punkte für Nichteinhaltung
	BauGB	<p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Vermeidung von Emissionen, – die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden – den Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. 	Keine signifi- kante Zunahme Verkehr abseh- bar, Vermei- dung Parksuch- verkehr, mehr

Umweltbe- lang	Fachgesetz/Richtli- nie	Zielaussage	Einhaltung
			Stellplatz inner- halb Bushalle.
	Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (KSG BW) und zuge- hörige Verordnung	Mit diesem Gesetz sollen Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen für Baden-Württemberg formuliert, die Belange des Klimaschutzes konkretisiert und notwendige Umsetzungs- instrumente geschaffen werden. PV-Pflicht für den Neubau von Nichtwohngebäuden wie etwa Hallen oder Firmendächer sowie von offenen Parkplätzen mit mehr als 35 Stellplätzen seit 01.01.2022. PV-Pflicht für neue Wohngebäude ab 01.05.2022. PV-Pflicht für grundlegenden Dachsanierungen ab Januar 2023. Die Verordnung hierzu ist seit 01.01.2022 in Kraft. Festgehalten werden in der Verordnung unter anderem auch der Umfang der Mindestnutzung eines Daches mit PV-Anlagen oder Regelungen für eine Befreiung von der PV-Pflicht, etwa wenn deren Erfüllung im Einzelfall wirtschaftlich un- zumutbar ist.	Beachtung im B-Planverfahren
Landschaft	Bundesnaturschutz- gesetz (BNatSchG) Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG BW)	Schutz, Pflege, Entwicklung und ggfs. Wiederherstellung der Landschaft auf Grund ihres eige- nen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.	Betrachtet, Ver- fahren zur Än- derung der LSG-VO
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne ist insbesondere die Gestaltung des Orts- und Landschafts- bildes zu berücksichtigen.	Beachtung im B-Planverfahren
Kultur- und Sachgüter	Denkmalschutzge- setz (DSchG)	Schutz und Pflege der Kulturdenkmale, insbesondere Überwachung des Zustandes der Kultur- denkmale sowie die Abwendung von Gefährdungen und die Bergung von Kulturdenkmälen.	Beachtet, keine Betroffenheit von Kulturgü- tern erkennbar
	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.	
	Bundesnaturschutz- gesetz (BNatSchG)	Bewahrung historisch gewachsener Kulturlandschaft, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Boden- denkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedlung und sonstigen Beeinträchtigungen gemäß § 1 (4) BNatSchG	

